

# Kulturelle Vielfalt in der Stadt

## Chance und Herausforderung für die kommunale Kulturpolitik

---

*Christina Stausberg<sup>1</sup>*

Kulturelle Vielfalt in der Stadt hat viele Gesichter. Ganz unterschiedliche Lebensstile und verschiedene gesellschaftliche und ethnische Gruppen treffen aufeinander. Das ist Chance und Herausforderung zugleich für das Zusammenleben in der Gemeinschaft. Integration und kulturelle Vielfalt sind daher seit langem schon Themen für den Deutschen Städtetag. Das Verständnis von den damit verbundenen Prozessen, den Handlungsbedarfen und den Herausforderungen unterliegt jedoch – auch angesichts neuer weltweiter Krisen und Flucht- und Wanderungsbewegungen – einer ständigen Weiterentwicklung. Neben veränderten gesellschaftlichen Haltungen und Einstellungen hat sich ganz schlicht auch die Realität in den Städten geändert, und sie ändert sich weiter.

Eine besondere Herausforderung, mit der die Städte in den vergangenen Jahren zu tun hatten und haben, ist die Integration von Geflüchteten. Dies gilt umso mehr angesichts des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine und der dadurch ausgelösten neuen Fluchtbewegung. Daneben wachsen hier die Kinder und Enkel früherer Zuwanderergenerationen auf, es bilden sich neue gesellschaftliche Gruppen, die Zugehörigkeit quer zu bestehenden Kategorien definieren – die Gesellschaft wird insgesamt bunter und vielfältiger.

Die Integration dieser vielen verschiedenen Lebenswelten ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, an dem alle staatlichen und gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure beteiligt sind. Beim Ziel der gleichberechtigten Teilhabe aller Menschen, insbesondere auch von Zugewanderten und Flüchtlingen am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben, nehmen aber

---

<sup>1</sup> Christina Stausberg ist Hauptreferentin für Kultur beim Deutschen Städtetag.

die Städte eine Schlüsselrolle ein. Denn Integration findet vor Ort statt, in den Kommunen. Hier leben die Menschen, hier spielt sich ihr Alltag ab, hier begegnen sie sich.

Mit Integration ist dabei keine einseitige Assimilation gemeint, sondern ein gemeinsam gestalteter Prozess, der – auf der Grundlage demokratischer Werte – zu einer Verständigung über das Zusammenleben führt. Dies erfordert sowohl von der aufnehmenden Gesellschaft wie auch von den Zugewanderten Offenheit und die Bereitschaft zum Dialog.

## **Integration als kulturpolitisches Handlungsfeld**

Für die Städte ist Integration zunächst eine praktische Aufgabe. Die Vermittlung von Wohnraum, Spracherwerb, Bildung und Integration in den Arbeitsmarkt stehen dabei im Mittelpunkt, denn die Beteiligung an Bildungsprozessen und am Arbeitsmarkt ist in jeder Hinsicht konstitutiv für den Prozess der Integration – sowohl in ökonomischer als auch in sozialer und in kultureller Hinsicht.

Aber für die Entwicklung von Identität, Gemeinschaftsgefühl und Zusammenhalt ist die kulturelle Integration entscheidend – im doppelten Sinne einer Verzahnung der verschiedenen Kulturen miteinander und der Teilhabe aller an Kultur. Kunst und Kultur können mit ihren spezifischen Mitteln dazu einen substanziellen Beitrag leisten. Zugleich wachsen die Anforderungen an eine kommunale Kulturpolitik, die darauf hinwirkt, dass die Gesellschaft weiter zusammenwächst und Segregation vermieden wird.

Kulturinstitutionen bieten Orte, an denen das Selbstverständnis von Gesellschaft vermittelt und reflektiert wird. Die Kultur- und Bildungseinrichtungen einer Stadt ermöglichen eine aktive Auseinandersetzung mit den Grundwerten unserer Gesellschaft und balancieren stetig divergierende Meinungen aus. Im Sinne unseres freiheitlich-demokratischen Grundverständnisses ist es von großer Bedeutung, möglichst weite Teile der Gesellschaft in diesen Diskussionsprozess einzubeziehen. Vor diesem Hintergrund sollte das Kulturangebot immer auch eine Einladung zu Demokratie, Pluralismus und Partizipation sein, die einen möglichst breiten Teil der Bevölkerung anspricht und erreicht. Kulturangebote dürfen keine exklusiven Veranstaltungen sein.

## Kulturelle Vielfalt bereichert das städtische Leben

Die deutschen Städte sind seit jeher durch viele verschiedene gesellschaftliche Gruppen geprägt und oftmals weltoffen. Kulturelle Vielfalt ist eine – zum Teil schon lange zurückreichende – städtische Realität. Weltoffenheit und Vielfalt bieten die Chance, neue Ideen kennenzulernen, neue Impulse aufzugreifen, neue Entwicklungen anzustoßen und so die Stadtgesellschaft insgesamt weiterzuentwickeln. Dies als Chance, Gewinn und Möglichkeit zu sehen, erfordert ein Umdenken bei allen stadtgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren aus Politik, Verwaltung, Kultur und Zivilgesellschaft.

In diesem Veränderungsprozess bilden die (kommunalen) Kulturinstitutionen einen wichtigen Ankerpunkt. Mit ihrem Wirken und ihrer Strahlkraft in die Städte hinein können sie eine Vorbildfunktion übernehmen und als Katalysatoren für den Veränderungsprozess wirken. Sie haben einen gesamtgesellschaftlichen Auftrag: Kultur muss auf allen Ebenen zugänglich sein für alle gesellschaftlichen Gruppen.

Kulturelle Integration verlangt die Öffnung unserer Kulturbetriebe und ihrer Angebote. Dieser Veränderungsprozess muss sich auf Ebene des Personals, des Programms und des Publikums vollziehen. Es muss danach gefragt werden, ob und inwieweit diese drei grundlegenden Bereiche die reale stadtgesellschaftliche Heterogenität abbilden und dazu beitragen, Zugangsbarrieren abzubauen und Öffnung herzustellen. Die Kulturinstitutionen müssen sich verändern und auf Menschen einstellen, die unterschiedliche Voraussetzungen und unterschiedliche Hintergründe mitbringen.

Eine nachhaltige Veränderung des Kulturbetriebs ist nur mit einer veränderten Haltung möglich. Der Entwicklungsprozess hin zur interkulturellen Öffnung setzt den Willen voraus, das eigene Programm, die eigenen Personalstrukturen, den eigenen Themenkanon und das bisher erreichte Publikum zu reflektieren und anzupassen. Barrieren für den Zugang zu Kultur und zu Kultureinrichtungen müssen identifiziert und abgebaut werden.

## Kunst und Kultur in die Stadtgesellschaft hineintragen

Der Deutsche Städtetag vertritt einen kulturpolitischen Ansatz, der kommunale Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik versteht. Die kulturelle Integration muss daher konsequent in eine städtische Gesamtstrategie zur Integration einbezogen werden. Die Bereiche Kultur, Soziales und Bildung sollten den

kommunalen Mehrwert, der aus einem gemeinsamen Integrationsverständnis erwächst, anerkennen und konsequent darauf hinarbeiten. Kultureinrichtungen sind als Orte gesellschaftlichen Handelns wichtige Akteure für die Vernetzung und müssen in die Gesamtstrategie einbezogen werden.

Kultureinrichtungen und Kulturangebote müssen noch viel stärker als bisher unmittelbar in den ganzen Stadtraum und die gesamte Stadtgesellschaft hineinwirken und aktive Teilhabemöglichkeiten eröffnen. Dazu gibt es viele Konzepte und Ansätze, die bereits erfolgreich erprobt und umgesetzt werden, angefangen von Outreach-Veranstaltungen im öffentlichen Raum und in Stadtteilen, an Schulen, in Kindertagesstätten, in Stadtteilzentren und Vereinshäusern etc. über Bürgeropern oder -bühnen und vielfältige soziokulturelle Angebote bis hin zu radikal partizipativen Projekten der Freien Szene. Kultureinrichtungen sollten noch viel stärker als bisher zu »Dritten Orten« werden und so Begegnung untereinander und mit Kunst und Kultur ermöglichen. Der Begriff Dritte Orte umschreibt offen zugängliche (öffentliche) Räume, die von ihrem Raum- und Angebotskonzept her so ausgestaltet sind, dass sie möglichst viele Menschen und Bevölkerungsgruppen zur Begegnung einladen und die Möglichkeit zur Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur bieten.

Für eine in diese Richtung wirkende kommunale Kulturpolitik sind Kooperationspartnerinnen und -partner aus der lokalen Stadtgesellschaft unverzichtbar. Neben den bereits bestehenden Netzwerken und Ansprechpersonen ist es vor allem wichtig, die Zusammenarbeit mit solchen Gruppen aufzubauen und Expertinnen und Experten einzubeziehen, die bisher nicht stark genug durch die Kultureinrichtungen adressiert wurden, z. B. aus migrantischen Organisationen. Solche Organisationen und Personen können Zugänge schaffen zu stadtgesellschaftlichen Gruppen, die bisher nicht im Fokus von Kultureinrichtungen stehen oder aus den verschiedensten Gründen das Kulturangebot nicht wahrnehmen.

Zum Gelingen kultureller Teilhabe trägt maßgeblich auch die kulturelle Bildung bei. Als wesentlicher Faktor zur Persönlichkeitsentwicklung und zur Allgemeinbildung nimmt sie eine Schlüsselrolle ein. Zugangsbarrieren zur Kultur abzusenken sowie eine möglichst chancengleiche Teilhabe an Kunst und Kultur zu ermöglichen, sollte dabei im Mittelpunkt gemeinsamer Bildungsstrategien von Schulen, Kultureinrichtungen und Weiterbildung stehen.

## Unterstützung durch Bund und Länder

In diesem Sinne sind die Kultur insgesamt und vor allem die kommunalen Kultureinrichtungen aufgerufen, sich am Prozess der Integration aktiv zu beteiligen. Untersuchungen zur Diversität in der kommunalen Kulturverwaltung zeigen, dass sich viele Städte schon auf diesen Weg gemacht haben. Sie verstehen kulturelle Integration vor Ort als eine Aufgabe des Kulturbereichs. Dabei sind auf sehr unterschiedliche Art und Weise Prozesse in Gang gesetzt worden, die unter Berücksichtigung der jeweiligen örtlichen Rahmenbedingungen wie z.B. dem Anteil der Bevölkerung mit Migrationsgeschichte, der Finanzkraft oder dem Vorhandensein von Infrastruktur kulturelle Teilhabe und kulturelle Bildung realisieren.

Kulturelle Integration sollte allerdings nicht von der Finanzkraft einzelner Städte oder ihrer Infrastruktur abhängen. Um die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen, benötigen die Kommunen und die (kommunalen) Kultureinrichtungen Unterstützung und Hilfestellung durch Bund und Länder. Es bedarf weiterhin spezieller Fördermittel bzw. Programme zur Umsetzung der erforderlichen Veränderungsprozesse und zur Entwicklung interkultureller Projekte. Mit dem Programm »360° – Fonds für Kulturen der neuen Stadtgesellschaft« hat die Kulturstiftung des Bundes z.B. einen Ansatz gefördert, der fortgesetzt und verbreitert werden sollte. Auf Ebene der Länder sollten neben speziellen Förderprogrammen auch zentrale Beratungs-, Qualifizierungs- und Koordinierungsmaßnahmen bereitgestellt werden.

